

Ökonomen planen bereits die neue Ukraine

Die Ziele sind ehrgeizig, aber viele Fragen bleiben ungelöst



Der Hafen von Odessa am Schwarzen Meer ist für den Export ukrainischer Waren derzeit blockiert.

FUTURE PUBLISHING / GETTY

DANIEL IMWINKELRIED, WIEN

Obwohl ein Ende des Ukraine-Krieges nicht absehbar ist, machen sich Ökonomen bereits Gedanken darüber, wie denn die Nachkriegswirtschaft des Landes aussehen könnte. Die Ukraine erleidet derzeit einen riesigen ökonomischen Schaden, der sich nur schwer beziffern lässt, weil er mit jedem weiteren Kriegstag noch gravierender wird. So schätzt das Centre for Economic Policy Research (CEPR), ein Netz von 1600 forschenden Ökonomen, dass die russische Armee 30 bis 60 Prozent der ukrainischen Produktionskapazitäten beschädigt oder zerstört hat.

Russisches Erdöl besteuern

Wenigstens funktioniert die Verwaltung weiterhin einigermaßen – zumindest dort, wo die russische Armee nicht wütet. «Aber wir brauchen Liquidität», sagte Timofei Milowanow von der Kyiv School of Economics an einer Video-

konferenz des CEPR. Um Löhne und Sozialleistungen zu bezahlen, benötigt die Regierung monatlich einen einstelligen Milliardenbetrag. Finanziell gerät sie allerdings zunehmend in die Klemme, weil die Unternehmen beispielsweise kaum mehr Güter exportieren können. Traditionell führte die Ukraine einen grossen Teil ihrer Erzeugnisse über die Häfen am Schwarzen Meer aus, aber diese sind nun blockiert (Odessa) oder zerstört (Mariupol).

Je nachdem, wie lange der Krieg dauert, wird der Wiederaufbau der Ukraine Hunderte von Milliarden Dollar kosten. Laut den Vorstellungen des CEPR sollen dafür verschiedene Quellen angezapft werden. Die Ökonomen schlagen etwa vor, dass die EU russische Energieexporte besteuert und dieses Geld der Ukraine zur Verfügung stellt. Ein ähnliches Modell wurde schon einmal angewendet. Im Jahr 1991 vertrieb eine internationale Militärallianz die irakische Armee aus Kuwait. Ein Teil der Erdöleinnahmen des Iraks floss darauf

in einen Fonds, um den Wiederaufbau des Emirats zu finanzieren.

Wer schafft Frieden?

Die Ökonomen empfehlen darüber hinaus, russische Finanzvermögen, die von den westlichen Ländern eingefroren worden sind, in die Infrastruktur der Ukraine zu lenken. Laut den Vorstellungen der Wissenschaftler kann es sich dabei um Gelder des russischen Staates und Vermögen von Oligarchen handeln.

Den Wiederaufbau der Ukraine soll dabei, so die Vorstellung der Ökonomen, eine spezielle Agentur überwachen. So sollen Doppelspurigkeiten und Korruption verhindert werden. Beides sind realistische Gefahren. Das Wiederaufbauprogramm nach dem dritten Golfkrieg von 2003 war beispielsweise schlecht koordiniert, und ukrainische Beamte sind berüchtigt für ihre Bestechlichkeit. Der Ökonom Milowanow legte in der Diskussionsrunde allerdings Wert darauf, dass sich eine solche

Agentur im Besitz der Ukraine befinden müsse. Gleichzeitig soll sie aus zwei Gründen in irgendeiner Form der EU nahestehen: Erstens kommen die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds (IMF) als enge Partner kaum infrage. «Gewisse Mitgliedsländer sind der Ukraine nicht freundlich gesinnt», sagte der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff in der Diskussion diplomatisch. Konkret heisst das: Russland ist Aktionär der Weltbank und wird kaum kooperieren.

Zweitens schafft die Nähe der Agentur zur EU für die Ukraine eine Perspektive, dem Staatenbund eines Tages beitreten zu können. Das wiederum stellt für das Land einen Anreiz dar, die Justiz und die Verwaltung gemäss westlichen Standards zu reformieren. Einig waren sich schliesslich alle Ökonomen, dass die Ukraine in erster Linie Zuschüsse und nicht Kredite erhalten soll. «Darlehen sind für die Ukraine finanziell nicht nachhaltig», meinte die Schweizer Ökonomin Beatrice Weder di Mauro.

So stimmig die Vorschläge der Ökonomen in der Theorie tönen, ein Problem bleibt: Noch herrscht in der Ukraine Krieg, und niemand weiss, wie eine Friedensordnung mit Russlands Präsident Wladimir Putin und dessen Entourage aussehen könnte. «Mit welchem Regime werden wir es in Russland zu tun haben?», fragte Torbjörn Becker von der Stockholm School of Economics. Anders als 1918 nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wird sich die Schuldfrage zwar nicht stellen. Damals machten die Alliierten in den Friedensverhandlungen von Versailles das deutsche Kaiserreich für den Krieg verantwortlich, was dazu führte, dass

viele Deutsche die Friedensordnung ablehnten.

In dieser Hinsicht ist die Lage heute eindeutig: Russland hat mit seinen Attacken im Jahr 2014 und im Februar 2022 den Ukraine-Krieg ausgelöst. Allerdings stellt sich ein anderes «Versailles»-Problem. Deutschland musste nach dem Ersten Weltkrieg hohe Reparationen bezahlen, was das Land wiederholt an den finanziellen Abgrund brachte und den Wandel zur Demokratie unterminierte. Dieses Risiko scheinen die Ökonomen des CEPR im Falle Russlands für gering zu halten. Sergei Guriew von der Pariser Universität Sciences Po sagte, Russland sei ein grosses Land und deshalb in der Lage, einen Teil der eingefrorenen Gelder als Reparationen zu leisten.

Ein ökologischer Musterstaat

Allerdings bleibt die Frage, wie rasch solche Transfers geleistet werden können. Es brauchte wohl Gerichtsentseide und Gesetze, um beispielsweise die Oligarchen zu enteignen. Auch auf die ausländischen Guthaben Russlands werden die westlichen Staaten nicht nach Gutdünken zugreifen können. Und in noch einer Hinsicht ist das Programm der Ökonomen ehrgeizig, ja vielleicht wenig realistisch: Sie möchten die Ukraine nicht bloss wieder aufbauen, sondern sie auch in einen ökologischen und technologischen Musterstaat verwandeln. Anstatt wie bisher vornehmlich fossile Energieträger zu nutzen, soll sich die Ukraine etwa das Ziel setzen, die Wirtschaft zu dekarbonisieren. Vielleicht sind all das etwas gar grosse Ambitionen.

Die EU will einen Aufbaufonds äfnen

Brüssel · «Ich kann Ihnen versichern, dass die EU beim Wiederaufbau Ihres Landes an Ihrer Seite stehen wird.» Das sagte Charles Michel, der Präsident des Europäischen Rates, am Mittwoch an einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten der Ukraine, Wolodimir Selenski, in Kiew. Nach den Cheffinnen von Parlament (Roberta Metsola) und Kommission (Ursula von der Leyen) ist diese Woche auch der Vertreter der 27 EU-Mitgliedstaaten überraschend in die Ukraine gereist, um seine Unterstützung sichtbar zu machen. Michel kündete an, dass

die EU am 5. Mai eine internationale Geberkonferenz organisieren werde, um einen Fonds für den Wiederaufbau des von Russland überfallenen Landes zu äfnen. Die Einrichtung dieses «Ukraine Solidarity Trust Fund» hatten die Staats- und Regierungschefs im März an ihrem Gipfel in Brüssel beschlossen. In ihren Schlussfolgerungen riefen sie die Kommission auf, der Ukraine auch bei der Umsetzung nötiger Reformen zu helfen. Vor dem Überfall Russlands war Korruption laut dem EU-Rechnungshof ein grosses Problem in der Ukraine.

Muss die Schweiz ihre Corona-Geschichte umschreiben?

Zwei Basler Professoren fällen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Schutzmassnahmen ein vernichtendes Urteil

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Pandemie ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Das liegt nicht nur am Ukraine-Krieg, sondern auch an Erfreulichem: Auch nach den Öffnungen von Anfang April sind in der Schweiz die gemeldeten Anstiegen rückläufig. Die Positivitätsraten der Tests, die Abwasserproben und die Spitalbelegung bestätigen den Abwärtstrend.

Explosiv ist dagegen ein Befund von zwei Professoren der Universität Basel. Günther Fink (Epidemiologie und Haushaltsökonomie) sowie Stefan Felder (Gesundheitsökonomie) rechneten Anfang April in einem NZZ-Gastbeitrag vor, dass – gemessen an verlorenen und geretteten Lebensjahren – die Kosten der Corona-Massnahmen in der Schweiz zehnmal so hoch gewesen seien wie der Nutzen. Seither haben die Autoren noch ein Papier nachgeliefert. Die Kosten-Nutzen-Einschätzung ist nicht nur für das Geschichtsbuch wichtig: Es ist gut möglich, dass in Zukunft wieder ähnliche Güterabwägungen zu machen sind.

Kritiker der Corona-Politik werden sich durch die Basler Rechnungen bestätigt fühlen. Die Ergebnisse widersprechen fundamental den früheren

Abschätzungen der wissenschaftlichen Begleitgruppe des Bundes. Die beiden Basler Professoren stützen ihre Rechnungen auf eine «repräsentative» Online-Umfrage des Instituts Link vom Februar 2022 bei rund 1200 Personen.

Gefühlter Wertverlust

Gemäss der Umfrage wären die Schweizer im Durchschnitt bereit, zum Beispiel für die Aufhebung des Verbots von privaten Feiern über 4000 Franken pro Monat bzw. über 60 Prozent des Monatseinkommens zu bezahlen, für die Aufhebung von Restaurantschliessungen über 40 Prozent des Einkommens und für die Aufhebung der Maskenpflicht immerhin noch 10 Prozent. Laut der Umfrage ist ein Lebensjahr mit Einschränkungen wie der Zwangsschliessung von Restaurants, Fitnesszentren, Veranstaltungen, Schulen und Landesgrenzen für die Einwohner im Mittel nur 30 Prozent so viel wert wie ein normales Lebensjahr. Auf der Basis solcher Antworten rechneten die Basler Professoren vor, dass die Corona-Einschränkungen in der Schweiz über 5,5 Millionen Lebensjahre gekostet, aber nur etwa 550 000 Lebensjahre gerettet hätten.

Dicke Post. Laut einem Papier der Autoren vom Februar zeigte die gleiche Art der Umfrage in fünf anderen Ländern ein zwar weniger drastisches, aber in der Stossrichtung ähnliches Ergebnis.

Einige Resultate der Schweizer Umfrage lassen schon in sich selbst grosse Zweifel aufkommen. So sagte fast die Hälfte der Befragten, dass ihnen ein Lebensjahr mit den obgenannten Einschränkungen überhaupt nichts wert sei. Laut den Autoren verändert ein Ausschluss der extremen Antworten an beiden Polen das Gesamtergebnis nicht entscheidend. Noch immer wären die Einschränkungen im Mittel der Befragten schlimmer als eine Querschnittslähmung – die gemäss der internationalen Forschungsliteratur einer Wertminderung des Lebens um durchschnittlich etwa 50 Prozent entsprechen mag.

Fragwürdig erscheint auch, dass die Leute über die Hälfte bzw. fast die Hälfte ihres Einkommens hergäben, um ein Verbot von Privatfeiern bzw. die Schliessung von Restaurants und Bars zu verhindern. Bei einem Einbruch des Einkommens um 40 bis 60 Prozent hätten viele Leute schon Mühe, Grundlegendes wie etwa die Wohnung und die Krankenkassenprämien zu bezahlen.

Die Fragen wurden ausdrücklich nicht mit Bezug auf die Pandemie gestellt. «Stellen Sie sich eine Welt ohne Covid-19 vor», heisst es zu Beginn eines zentralen Fragetyps. Danach musste man zwischen zwei Ländern mit bestimmtem Nettolohn und einem bestimmten Grad an Einschränkungen wählen. Aus den Antworten zu Vergleichen von solchen Ländertypen leiteten die Autoren die subjektiven Werte der Freiheiten ab.

Gedanklich in Nordkorea

«Die Fragen wurden ohne jeglichen Kontext gestellt», kritisiert der Lausanner Wirtschaftsprofessor Marius Brühlhart, der Mitglied der wissenschaftlichen Corona-Begleitgruppe des Bundes war: «Wenn ich mir ein Land mit Verboten von Reisen, Restaurantbesuchen und Partys vorstellen muss, denke ich an ein totalitäres Regime wie Nordkorea. Dann gewichte ich das ganz anders als vorübergehende Einschränkungen in einer offenen Gesellschaft während einer Pandemie.»

Die Rechnungen lassen sich zudem nicht in Übereinstimmung bringen mit den regelmässigen Befragungen wäh-

rend der Pandemie zur Corona-Politik. So sagte von März 2020 bis Juli 2021 in sieben Umfragen des Instituts Sotomo eine meist deutliche Mehrheit, dass die Corona-Massnahmen angemessen seien oder zu wenig weit gingen. Auch die zwei Volksabstimmungen zum Covid-Gesetz brachten klare Ja-Mehrheiten.

Was sagen die Basler Studienautoren dazu? Der Co-Autor Stefan Felder deutet im Gespräch an, dass auch er die deklarierten Kosten der Einschränkungen zum Teil als hoch empfinde, aber das Ergebnis spiegle die Befragung. Deren Methodik ist laut Felder bei Gesundheitsthemen gängig. Und Umfragen mit direkter Illustration der Zielkonflikte durch Gegenüberstellung von zwei Alternativen seien aussagekräftiger als die allgemeinen Befragungen über die Corona-Politik. Man kann es aber auch andersherum sehen: dass den Leuten bei den Befragungen zur Corona-Politik die Zielkonflikte und der Kontext klarer bewusst waren als bei der Basler Erhebung.

All dies heisst nicht, dass der Nutzen der Corona-Massnahmen zwingend die Kosten überwog. Aber es heisst, dass es für die Herleitung eines gegenteiligen Befundes bessere Belege braucht.